

Rudolf Elmer verklagt «Weltwoche»

Die Staatsanwaltschaft ist in den beiden Verfahren gegen den Banken-Whistleblower keinen Schritt weitergekommen

VON PETER BURKHARDT

Der Bankenkritiker und Whistleblower Rudolf Elmer verklagt die «Weltwoche». Er hat am 30. Januar am Bezirksgericht Zürich eine Zivilklage gegen die Weltwoche Verlags AG, Chefredaktor Roger Köppl und den Journalisten Alex Baur wegen Persönlichkeitsverletzung eingereicht. Elmer klagt, weil ihn die «Weltwoche» in zwei Artikeln als «Erpresser» und «Datendieb» bezeichnete. Dies, obwohl die Zürcher Staatsanwaltschaft festgehalten hatte, von unbefugter Datenbeschaffung sei «nicht auszugehen».

Die «Weltwoche» habe ihn in mehreren Passagen vorverurteilt, schreibt Elmer in der Zivilklage. Er verlangt Schadenersatz, Genugtuung und eine Berichtigung. Roger Köppl will mit Verweis auf das laufende Verfahren keine Stellung nehmen. Am 1. März findet nun eine Schlichtungsverhandlung beim Friedensrichteramt der Kreise 4 und 5 der Stadt Zürich statt. Elmer will aber keine Einigung, sondern dass ihm der Friedensrichter die Klageberechtigung erteilt. «Ich werde die Zivilklage auf jeden Fall durchziehen.»

NACH BEINAHE ACHTJÄHRIGER Untersuchung liegt gegen Elmer immer noch kein rechtsgültiges Urteil vor. Die Zürcher Staatsanwaltschaft wirft dem früheren Manager der Bank Julius Bär mehrfache Bankheimnisverletzung vor. Elmer hatte Medien, Steuerbehörden und der Enthüllungsplattform Wikileaks vertrauliche Kundendaten zugespielt, die ihm im Steuerparadies Cay-

man Islands anvertraut worden waren. Das löste etliche Strafverfahren gegen Steuerhinterzieher aus. Doch die Staatsanwaltschaft tut sich offenbar bis heute schwer damit, ihm eine Verletzung von Schweizer Recht nachzuweisen.

SCHON IN EINEM ERSTEN Verfahren hatte sie eine schwere Schlappe erlitten: Im November 2011 wies das Zürcher Obergericht den erstinstanzlichen Schuldspruch des Bezirksgerichts Zürich zurück. Dieses hatte Elmer im Januar 2011 wegen Bankheimnisverletzung, Nötigung und Drohung zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt. Doch das Obergericht befand, von einer Verletzung des Schweizer Bankheimnisses könne keine Rede sein, denn auf den Cayman-Inlands gelte nicht Schweizer Recht.

Im Mai 2012 verknüpfte das Gericht die Staatsanwaltschaft dazu, herauszufinden, ob die CDs, die Elmer vor Jahren den Steuerbehörden und der Zeitung «Cash» zugestellt haben soll, wirklich Schweizer Datensätze enthalten. Gegen den Willen von Julius Bär ordnete es dafür die Entsiegelung von drei CDs mit Tausenden Kundendaten der Bank an.

Neun Monate später ist die Staatsanwaltschaft keinen Schritt weiter. Bislang konnte sie nicht den Nachweis erbringen, dass die CD Daten aus der Schweiz enthält. Sonst hätte sie schon längst die Berufungsverhandlung eingeleitet. Diese sei «noch nicht terminiert», sagt Corinne Bouvard, Sprecherin der Staatsanwaltschaft, lediglich.

Verzweifelt versucht die Behörde nun, Elmer auf andere Art illegale Hand-

lungen nachzuweisen. Mit Rechtshilfege-

suchen an Grossbritannien, die USA und Mauritius wollte sie an Server-Daten herankommen, die Elmer belasten sollten. Doch alle Gesuche wurden abgelehnt.

Zudem liess die Staatsanwaltschaft Anfang 2012 ein rechtsvergleichendes Gutachten anfertigen, das Aufschluss geben sollte, ob Elmer das Bankheimnis der Cayman Islands verletzt haben könnte. Doch warum kümmert sich die Zürcher Staatsanwaltschaft überhaupt um eine mutmassliche Verletzung ausländischen Rechts? Diese Frage wollte Sprecherin Corinne Bouvard nicht beantworten. Ende März findet nun erneut eine Einvernahme Elmers statt.

WEGEN EINES ZWEITEN Verfahrens schmort Elmer im Jahr 2011 während mehr als einem halben Jahr in Untersuchungshaft. Dies, weil er an einer viel beachteten Medienkonferenz in London zwei CDs an Wikileaks übergeben hatte. Im Dezember 2011 entschied das Obergericht, dass die Daten, welche bei ihm zu Hause beschlagnahmt worden waren, entsiegelt werden dürfen.

«Seither ist nichts mehr gegangen», sagt Elmer. Nach aussen erkennbare Ermittlungshandlungen erfolgten keine mehr. Auch wurde Elmer kein einziges Mal mehr einvernommen. «Das ist skandalös», findet der ehemalige Bankmanager. Corinne Bouvard von der Staatsanwaltschaft sagt dazu nur: «Prognosen, wann und in welcher Form das Verfahren abgeschlossen wird, können derzeit keine abgegeben werden, die Untersuchung ist nach wie vor im Gange.»



Rudolf Elmer.
EMANUEL FREUDIGER

Safra Sarasin schottet sich ab

DER WANDEL DER BANK SARASIN schreibt weiter voran – ihrer Kampagne «Sarasin bleibt Sarasin» zum Trotz. Nachdem Anfang Jahr der Zusammenschluss mit Safra zur Bank J. Safra Sarasin angekündigt wurde, fährt die Basler Bank nun auch die Öffentlichkeitsarbeit herunter. Obwohl die Aktie noch immer börsenkotiert ist, verzichtet Sarasin bereits auf die Durchführung einer Pressekonferenz zum vergangenen Geschäftsjahr.

Sprecher Benedikt Gratzl bestätigt diesen Entscheid. Er verweist auf die reduzierten Publikationspflichten. Die untersteht die Bank, seit sie angekündigt hat, die Aktie von der Börse zu nehmen. Auch dürfte der Umfang des Geschäftsberichts deutlich abnehmen. «Ob und in welcher Form» das Jahresergebnis publiziert werde, stehe noch nicht fest, so Gratzl. Die Börse macht Sarasin diesbezüglich gar keine Vorschriften mehr, wie ein Sprecher erklärt.

Die zur Gruppe gehörende Bank J. Safra hat für ihr bisheriges Geschäft zuletzt einen gerade mal 36 Seiten umfassenden Bericht vorgelegt. Wer ihn studieren wollte, musste ihn persönlich auf einer Filiale abholen. Im Internet gab es den Bericht der J. Safra Holding nie.

NOCH IST DAS GOING PRIVATE von Sarasin nicht abgeschlossen. Zwar hat die Safra-Gruppe inzwischen die meisten Aktien aufgekauft. Das Verfahren zur Kraftlosklärung der ausstehenden restlichen Aktien sei jedoch noch nicht abgeschlossen, sagt Sprecher Gratzl. Man rechne damit, dass das Basler Zivilgericht den Entscheid im zweiten Quartal fälle. Die Befreiung von den Börsenvorschriften gilt bis Anfang April.

MICHAEL HEIM

zyklischen Kapitalpuffers. Erst, wenn die «Schuldzinsen nicht mehr von den Steuern abgesetzt werden könnten, fehlt der Anreiz sich zu verschulden».

lenkrise haben und die Banken werden wieder Milliarden verlieren.» Anflüge könnte man, dass sie im schlimmsten Fall von den Steuerzahlern getriestet werden.